

Mögliche Effekte einer Volkswahl des Bundesrates

Analysen und Erwartungen seitens politikwissenschaftlicher Experten. Von Sarah Bütikofer

Eine Annahme der am 9. Juni zur Abstimmung kommenden Initiative für die Volkswahl des Bundesrates hätte insbesondere einen Einfluss auf die Rolle der Parteien sowie auf das Verhältnis von Exekutive und Legislative.

Die Frage nach möglichen Auswirkungen eines Übergangs zur Volkswahl des Bundesrates treibt auch Politikwissenschaftler um. Welches sind ihre wichtigsten Erkenntnisse? Zunächst einmal gehen die Berner Politikwissenschaftler Thomas Milic, Adrian Vatter und Raphael Bucher davon aus, dass eine Volkswahl die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates nicht wesentlich verändern würde. Zu diesem Befund sind sie mittels Simulationsstudien auf der Basis von kantonalen Exekutivwahlen gekommen.

Medienpräsenz

Im Parteienwettbewerb auf nationaler Ebene mischen allerdings deutlich mehr Akteure mit als auf kantonaler Ebene. Konsequenterweise würden darum

auch mehr als die bisher im Bundesrat vertretenen Parteien konkretes Interesse an einem Sitz anmelden. Einige von ihnen allein schon aus dem Grund, um sich für die gleichzeitig stattfindenden National- und Ständeratswahlen in Position zu bringen und ihren Kandidierenden die nötige Medienpräsenz zu verschaffen. Dies hätte wohl zur Folge, dass der Wahlkampf insgesamt lebendiger würde. Inwieweit dabei das Geld stärker mitentscheiden würde, wird derzeit in der Abstimmungskampagne unterschiedlich beurteilt. Der Politologe und Wahlkampfexperte Louis Perron sieht keinen zwingenden Zusammenhang zwischen den aufgewendeten Mitteln und dem Wahlerfolg: Die Finanzen seien sicher ein Faktor im Wahlkampf, genauso wichtig seien aber auch eine überzeugende Message und die richtige Strategie.

Was die Experten aber erwarten, ist eine veränderte Position der Parteien. Bisher kommt den Bundeshausfraktionen die zentrale Rolle bei der Auswahl von Kandidierenden für den Bundesrat zu. Mit der Volkswahl wären die Parteien gefragt. Die Initiative sieht ein Prozedere vor, das die ganze Schweiz zu einem einzigen Wahlkreis machen wür-

de. Schweizer Parteien sind aber traditionell vor allem in den Kantonen verankert. Verglichen mit dem Ausland, sind sie personell und finanziell zudem sehr schlecht gestellt. Andreas Ladner vom Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung in Lausanne geht denn auch davon aus, dass mit der Volkswahl eine Stärkung der Parteien in der Schweiz verbunden wäre – was er als wünschenswert erachtet. Um einen erfolgreichen Wahlkampf führen zu können, müssten alle Parteien vermehrt auf nationaler Ebene agieren. Der Weg der Professionalisierung würde weiter geebnet, womit gemäss Ladner auch das Thema der staatlichen Parteienfinanzierung sicherlich Auftrieb bekäme.

Freiwilliger Proporz

Von den Parteien und ihrer Strategie würde die Zusammensetzung des Bundesrates auch bei einer Volkswahl abhängen. Der heute in Florenz forschende Schweizer Politikwissenschaftler Hanspeter Kriesi geht davon aus, dass der freiwillige Proporz – wie heute in den Kantonen – auch auf nationaler Ebene spielen würde. Das heisst, dass sich die grossen Parteien vor den Wah-

len absprechen und auf die gegenseitige Akzeptanz von Sitzansprüchen einigen würden. Die Parteien müssten sich allein schon deswegen koordinieren, damit die von der Initiative verlangte Quotenregelung für die lateinische Schweiz eingehalten werden kann. Quoten in der Verfassung festzuschreiben, kommt dabei einem Tabubruch gleich. Folglich ist anzunehmen, dass nicht nur sprachregionale, sondern auch andere Ansprüche an eine fixe Vertretung im Bundesrat laut würden, wenn nach Annahme der Initiative ein entsprechender Gesetzesentwurf ausgearbeitet werden müsste.

Die Befürchtungen um die institutionelle Schwächung des Parlaments schliesslich sind nicht von der Hand zu weisen. Die Bundesversammlung würde bei Annahme des Volksbegehrens einer ihrer wichtigsten Kompetenzen beraubt. In den Kantonen gälten die Parlamente als eher schwache politische Akteure, hält der Berner Politikwissenschaftler Adrian Vatter fest. Auch die Bundesversammlung muss mit relativ knappen Ressourcen auskommen und hätte unter den veränderten Vorzeichen eine noch deutlich schwächere Stellung als heute. Die Diskussion über eine bes-

sere Ausstattung des Parlaments würde durch die Annahme der Initiative an Dringlichkeit gewinnen – eine Diskussion, die in den nächsten Jahren aber ohnehin geführt werden muss.

Chaospotenzial

Wie eingangs erwähnt, würden die Parteien der politischen Mitte wohl auch in einem Bundesrat, der vom Volk gewählt wird, die Mehrheit stellen. Es ist nicht davon auszugehen, dass aus den gleichzeitig stattfindenden Wahlen deutlich andere Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Regierung hervorgehen würden. Szenarien einer totalen Blockade sind gemäss den Experten fehl am Platz. Aber die Regierung wäre dem Parlament weniger verpflichtet, sie würde zusammen mit der professionellen Bundesverwaltung deutlich an Einfluss gewinnen.

Der Initiativtext beantwortet viele Fragen noch nicht, die sich bei der konkreten gesetzlichen Umsetzung stellen würden. Das Volksbegehren birgt denn auch ein gewisses Chaospotenzial.